



EUROPÄISCHES PARLAMENT

2009 – 2014

---

*Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten*

---

**2012/2063(INI)**

11.7.2012

# STELLUNGNAHME

des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten

für den Entwicklungsausschuss

zum Bericht 2011 der EU über die Politikkohärenz im Interesse der  
Entwicklung  
(2012/2063(INI))

Berichterstatterin: Emer Costello

PA\_NonLeg

## VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten ersucht den federführenden Entwicklungsausschuss, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

1. begrüßt die Tatsache, dass die Sozialklausel in Artikel 9 über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) sowohl innerhalb als auch außerhalb der Grenzen der EU gilt;
2. unterstreicht die Notwendigkeit der Sicherstellung, dass die in den Handelsabkommen der EU verankerten Sozialbestimmungen umgesetzt und ordnungsgemäß überwacht werden; hält es für notwendig, sicherzustellen, dass Mechanismen für die Überprüfung und Durchsetzung verfügbar sind;
3. ersucht die Kommission, verbindliche Bestimmungen zu Sozialstandards sowie zu den Zielen der Vollbeschäftigung und der produktiven Beschäftigung, insbesondere unter der Berücksichtigung der Gleichstellung der Geschlechter und der Bedürfnisse von Jugendlichen, und der menschenwürdigen Arbeit, der Wahrung von Arbeitnehmerrechten, einschließlich der Rechte von Arbeitsmigranten, und der Gleichstellung der Geschlechter in alle Handelsabkommen der EU aufzunehmen;
4. betont die Notwendigkeit, Tarifverhandlungen als Mittel zum Abbau der Ungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt, zur Durchsetzung menschenwürdiger Arbeit und Löhne, zur Verhinderung von Sozialdumping und Schwarzarbeit sowie zur Sicherstellung eines fairen Wettbewerbs zu fördern und zu verbreiten;
5. betont die Notwendigkeit, die Bedingungen der Arbeitsverträge zu respektieren und dafür zu sorgen, dass die Arbeit von Jugendlichen und Frauen keine Form von Ausbeutung darstellt, einschließlich sexueller Ausbeutung, Zwangsarbeit oder Zwangsdienste, Sklaverei oder sklavereiähnliche Praktiken;
6. unterstreicht die Bedeutung von Verpflichtungen im Rahmen der sozialen Verantwortung und von Aufforderungen an die Arbeitgeber, soziale Standards anzuwenden, die über die geltenden gesetzlichen Bestimmungen hinausgehen, einschließlich der Möglichkeit, ein soziales Gütesiegel zu entwickeln und zu vergeben; fordert die Kommission auf, die Mitgliedstaaten bei der sorgfältigen Überwachung der Umsetzung und Sicherstellung der rechtlichen Durchsetzung dieser Verpflichtungen zu unterstützen;
7. betont die Wichtigkeit der Einrichtung von Kontaktstellen im Rahmen der Politikkohärenz im Interesse der Entwicklung (PKE) auch in Entwicklungsländern, um den Informationsaustausch u. a. über Probleme außerhalb der Zuständigkeit der EU, wie etwa die sozial inklusive Verwendung von Ressourcenrenten, Steuern, Abgaben usw., zu verbessern und den Auswirkungen des sogenannten Braindrain in den Herkunftsländern entgegenzuwirken; fordert die Kommission auf, die Sozialpolitik als wichtigen Aspekt in die Arbeit des EAD einfließen zu lassen; vertritt die Auffassung, dass es für Länder mit mittlerem Einkommen von zentraler Bedeutung ist, einen größeren Teil ihrer Einnahmen für soziale Zwecke zu verwenden, insbesondere durch die Entwicklung ihrer Steuersysteme und soziale Fürsorge;

8. drängt die Kommission und die Mitgliedstaaten, der Einbindung und Integration von Migranten, insbesondere Frauen und Kindern, in den aufnehmenden Ländern und der Portabilität der sozialen Rechte mehr Beachtung zu schenken;
9. fordert die Kommission auf, in einen Sozialdialog mit Arbeitnehmerorganisationen und Gewerkschaften außerhalb der EU über die Umsetzung von sozialen Standards in ihren jeweiligen Ländern einzutreten sowie für zusätzliche technische Unterstützung bei der Umsetzung der Sozial- und Fiskalpolitik zu sorgen.

## ERGEBNIS DER SCHLUSSABSTIMMUNG IM AUSSCHUSS

<b>Datum der Annahme</b>	10.7.2012
<b>Ergebnis der Schlussabstimmung</b>	+: 30 -: 4 0: 1
<b>Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder</b>	Regina Bastos, Edit Bauer, Heinz K. Becker, Phil Bennion, Pervenche Berès, Vilija Blinkevičiūtė, Philippe Boulland, David Casa, Ole Christensen, Minodora Cliveti, Emer Costello, Frédéric Daerden, Karima Delli, Sari Essayah, Marian Harkin, Nadja Hirsch, Stephen Hughes, Danuta Jazłowiecka, Ádám Kósa, Jean Lambert, Veronica Lope Fontagné, Olle Ludvigsson, Thomas Mann, Csaba Óry, Siiri Oviir, Konstantinos Poupakis, Sylvana Rapti, Elisabeth Schroedter, Nicole Sinclair, Jutta Steinruck
<b>Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter(innen)</b>	Georges Bach, Svetoslav Hristov Malinov, Anthea McIntyre, Antigoni Papadopoulou, Evelyn Regner